

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Der oberschlesische Kohlenstaat.

### Gefährliche Genfer Pläne.

Unter den überaus zahlreichen Lösungen der oberschlesischen Frage, die man in Genf erwogen oder beschlossen haben soll, ist nach polnischen Informationsquellen gestern ein Plan aufgetaucht, der zu substantiiert ist, um übergegangen zu werden, und gleichzeitig zu absurd, um ernsthaft genommen zu werden. Es handelt sich diesmal um eine Lösung im Sinne der reformierten „Sforza-Linie“ mit freistaatlichem Einschlag. Die beiden Sachverständigen des Völkerbundes sollen zu dem Entschluß gekommen sein, ein Gutachten in folgendem Sinne abzugeben:

Die polnischen Gebiete des Teschen-Biellitzer Landes werden mit den Kreisen Kattowitz, Stadt und Land, Beuthen, Stadt und Land, Königshütte, Tarnowitz, Pleß und Rybnik, mit dem halben Kreis Lublitz bis zur Bahn Lublitz-Preußisch-Herby und kleinen Teilen des Kreises Hindenburg und des Landkreises Gleiwitz zu einer Einheit verbunden. Staatsrechtlich steht diese Einheit unter polnischer Souveränität, wirtschaftlich wird sie ein autonomes Wirtschaftszentrum unter interalliiertem Kontrolle von Sachverständigen. Außerdem soll in diesem Gebiete die deutsche Währung garantiert werden, keine Zollschranken gegen Deutschland gezogen sein und das Verkehrswesen deutsch organisiert bleiben. Um diesen Plan den besonders in wirtschaftlichen Fragen maßgebenden oberschlesischen Kreisen genehm zu machen, soll die Nichtliquidierung des deutschen Eigentums garantiert werden und als Köder für die Masse der Bevölkerung die Befreiung von der polnischen Militärpflicht zugesichert sein.

Die „Oberschlesische Volksstimme“, das Zentrumsorgan Oberschlesiens, schreibt dazu, daß dieser Teilungsplan als Konglomerat aller Möglichkeiten, also einen Freistaat schaffe, der gar kein Freistaat ist, sondern ein polnisches Landgebiet, das hier wiederum, obwohl es polnisch ist, gar nicht polnisch ist, sondern deutsch oder wenigstens ein deutsches Anhängsel in einer völkerrechtlich so konfus Form, daß es dauernd eine Beunruhigung Europas bilden muß.

Die mit der oberschlesischen Sozialdemokratie eng zusammenarbeitende und in oberschlesischen Fragen oft gut unterrichtete „Preslauer Volkszeitung“ schreibt: „Anscheinend sucht der Völkerbund einen Ausweg, den man bei uns in Schlesiens wegen seiner sachlichen Unmöglichkeit kaum erklärlich finden wird, und den man überhaupt nur verstehen kann, wenn man die Lebensnotwendigkeiten des oberschlesischen Landes ganz aus dem Auge läßt und die diplomatischen Beweisgründe für den deutschen und polnischen Standpunkt sozusagen im luftleeren Raum ausgeglichen denkt, wo es gar keine Wirtschaft, kein gesellschaftliches Leben, keine Kulturzusammenhänge mehr gibt, sondern nur noch „reine“ Politik. Der Völkerbund scheint das Unvereinbare in der Weise vereinen zu wollen, daß er die politische und die Zollgrenze auf zwei verschiedene

Linien legt. Wie diese Linien laufen, weiß vorläufig noch jeder Genfer Journalist anders. Aber darauf kommt es schließlich auch kaum mehr an, wenn der katastrophale Gedanke überhaupt siegen soll, ein großes Stück des Industriegebietes Polen zuzuweisen, während es gleichzeitig innerhalb der deutschen Zoll- und Währungsgrenze belassen wird. Alle Vorteile der wirtschaftlichen Verbindung mit Deutschland würde die polnische Verwaltung in ihr Gegenteil umwandeln müssen, da ihre „Kolonisierungsarbeit“ in einem weiterhin so stark nach Deutschland hin orientierten Bezirk natürlich noch schärfer und schikanöser werden würde, als schon in Posen, Westpreußen, in Ostgalizien oder dem neuen polnischen Randgebiet. Das unglückliche oberschlesische Industriegebiet würde auch weiterhin keinen Augenblick zur Ruhe kommen und in kurzer Zeit seine selbstwirtschaftliche Bedeutung verlieren.“

In diesen Erörterungen ist noch nicht daran gedacht, wie die Teilnahme dieses neuen Gebietes an der Tragung der Reparationskosten zu denken wäre. Vor ungefähr sechs Monaten sprach Lloyd George in einer Rede die Verpflichtung Oberschlesiens aus, in gleicher Weise wie das übrige Deutschland an der Tragung mitzuwirken. Seitdem ist diese Frage nicht wieder zur Sprache gekommen.

Dazu gesellen sich die völkerrechtlichen Schwierigkeiten, die der Bildung eines Freistaates entgegenstehen. Der Friedensvertrag sieht eine Neutralisierung Oberschlesiens nicht vor, und eine für diese Regelung notwendige deutsche und polnische Zustimmung kann also nicht umgangen werden. Aus dem ganzen Komplex der Verworrenheiten ergibt sich aber eigentlich der beste Beweis für die Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriegebietes.

Was hier geschaffen werden soll, ist ein Provisorium, bei dem nicht abzusehen ist, wie ein politischer oder wirtschaftlicher Ruhezustand eintreten könnte. Wenn es ohne deutsche Währung, ohne Eisenbahngemeinschaft mit Deutschland, ohne offene Grenze nach Deutschland nicht geht, so geht es auch staatsrechtlich nicht ohne Deutschland. Ist dieser Plan, wie er vorliegt, tatsächlich ernsthaft erwogen, so geht er auf die Verlegenheitslösung zurück, die zum ersten Male von den Gewerkschaftlern Gimmen und Soubaug aus Oberschlesien mitgebracht worden ist und dann mutmaßlich auf eine tschechische Interessiertheit, die nach dem Friedensvertrag bezüglich Leobschütz materiell gegeben ist. Die Tätigkeit des Ministers Beneš im Zusammenhang mit der tschechischen Nationalität des Sachverständigen Hodacz und dem merkwürdigen augenblicklichen Aufenthalt Le Ronchs in Prag weisen stark darauf hin.

Sachlich diskutabel bleibt dieser Plan einer Neutralisierung des oberschlesischen Industriegebietes nicht und nur die Erfahrungstatsache, daß bei der interalliierten Politik auch Unmögliches nicht ausgeschlossen ist, kann eine Befreiung herbeiführen. Sie kann sie aber nur in dem Sinne herbeiführen, daß eine Anerkennung dieser Lösungsversuche deutscherseits gar nicht in Frage kommt und Kreisen, die solche Pläne tragen, die Eignung abgesprochen werden muß, ernsthaft sachlich am wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Europas zu arbeiten.

Seine Anwendung zu kommentieren. Die Fragen der Reparation und der deutschen Zahlungen würden ebenfalls in der Rede des französischen Ministerpräsidenten erörtert werden.

„Westminster Gazette“ zufolge wird Asquith bei einer großen Kundgebung der liberalen Parteien, die am 8. November in Glasgow stattfindet, eine politische Rede halten und die Koalition angreifen. Er wird dabei von zahlreichen Politikern unterstützt werden. Lord Grey wird am 18. Oktober im Mansionhouse in London eine Rede zugunsten des Völkerbundes halten.

Seit einigen Tagen weilt in Rotterdam der französische Minister für die öffentlichen Arbeiten, Le Trocquer, mit einem sehr zahlreichen Gefolge an Ingenieuren, Volkswirtschaftlern und Beamten. Zweck der Reise ist die Anknüpfung näherer Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Holland und das Studium der Rhein-Schiffahrtsfragen mit besonderem Bezug auf den Rotterdamischen Hafen.

### Die Hilfskonferenz für Rußland.

Paris, 8. Oktober. (W. T. S.)

Wie „New York Herald“ aus Brüssel mitteilt, sind gestern auf der Konferenz zur Bekämpfung der russischen Hungersnot starke Meinungsverschiedenheiten zutage getreten.

Der französische- und der belgische Vertreter hätten, unterstützt von dem englischen Delegierten, gefordert, daß die Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden durch die Sowjetregierung unerläßliche Vorbedingung für weitere Kredite sein müsse.

Italien habe zwar Garantien verlangt, aber jede Bezugnahme auf die Schulden abgelehnt.

## Ku Klux.

Von  
Alfons M. Ruesse,  
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

\* New York, im Oktober.

Das „unsichtbare Reich“ des Ku Klux Klans ist wieder erstanden. Die grotesk verummumten Reiter, die in der Rekonstruktionsperiode nach dem amerikanischen Bürgerkrieg den ganzen Süden der Union terrorisierten, schwärmen wieder in Massen in Texas, Florida, Georgia und anderen Südstaaten umher, um, nach den Satzungen des Bundes, die Vorherrschaft der weißen angelsächsischen Rasse aufrechtzuerhalten. Diesmal geht es nicht allein gegen die Neger, sondern vor allem gegen Katholiken, Juden, Deutsche und andere Fremdgeborene, gegen die sogenannten Radikalen und die organisierte Arbeiterchaft. Es handelt sich also bei dem neuen Ku Klux nicht nur um eine Ausgeburt eines überspannten nationalen Bewußtseins, sondern auch um einen böserartigen Auswuchs von Klassenhaß und verblödeter nativistischer Unzulänglichkeit. Zum Verständnis der neuen Bewegung, die sich bereits zu einem nationalen Problem ausgewachsen hat, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Südstaaten der Union von jeher eine Brutstätte des wütesten Rassenhasses waren, der sich nicht nur in Lynchmorden an Negern, sondern auch in einer tollen Hege gegen Katholiken und Juden austobte. Mit welchem Erfolge diese Hege betrieben wurde, läßt sich daraus ersehen, daß im vergangenen Jahr im Staate Georgia der als Außenminister kandidierende Politiker Watson mit überwältigender Mehrheit in den Bundesrat gewählt wurde, weil er den Standpunkt verttrat, daß alle Katholiken im Lande an einer geheimen Verschwörung beteiligt seien, die darauf abziele, sich der Regierung zu bemächtigen und das Land dem Papst auszuliefern. Es ist natürlich kein bloßer Zufall, daß gerade die Südstaaten den bei weitem größten Prozentsatz an Analphabeten stellen, nämlich bis zu 28 v. H. der wahlberechtigten Bevölkerung.

Auch der neue Ku Klux Klan ist in Georgia entstanden. Sein Begründer und derzeitiges Oberhaupt ist ein gewisser Joseph Simmons, der eine etwas abenteuerliche Vergangenheit hat. Er reiste früher als nichtordinierter methodistischer Wanderprediger im Lande umher und betätigte sich später als Agent eines weitverbreiteten geselligen Ordens, für den er gegen Kommissionen mitgliedert warb. Dabei dürfte ihm wohl die Erleuchtung gekommen sein, selbst einen neuen Orden zu gründen. Der Gedanke, den Ku Klux Klan der sechziger Jahre wieder aufleben zu lassen, lag eigentlich nicht sehr fern. Man muß sich wundern, daß nicht schon lange vorher jemand darauf verfallen war, den latenten Mobbterror im Süden, der sich in gelegentlichen Lynchmorden austobte, zu organisieren. Jedenfalls gebührt Herrn Simmons das Verdienst, diesem drückend empfundenen Bedürfnis Rechnung getragen zu haben. Im Oktober 1915 versammelte er auf einem Berge bei Atlanta 34 gleichgesinnte Männer um sich, und dort vollzog sich dann unter einem elektrisch flammenden Kreuz und unter feierlichen Zeremonien die Weihe des neuen Ku Klux Klans.

Der Geheimbund hat mit seinem illustren Vorbild nur die seltsame Vermummung und das phantastische Ritual gemeinsam, das etwa dem schlaraffischen Bierull ähnelt. Im übrigen steht er auf einer viel breiteren Grundlage. Der alte Ku Klux diente ursprünglich nur dem Zweck, die weiße Bevölkerung des Südens vor den Negern zu schützen, die sich nach ihrer Befreiung ja wirklich ziemlich zügellos aufführten. Angesichts der Tatsache, daß es damals in den Südstaaten an einer stabilen Verwaltung fehlte, konnten die Geheimorden, die allenthalben zum Schutz des Bürgertums gebildet wurden, sogar eine gewisse Berechtigung beanspruchen. Von diesen Orden wuchs sich der alte Ku Klux Klan (von dem griechischen kyklos = Kreis und dem schottischen clan = Stamm) zu einer landweiten Organisation aus, die schließlich den ganzen Süden beherrschte. Im Laufe der Jahre artete die Bewegung jedoch in eine wilde Verfolgung der Neger und der verhafteten Bundesbeamten aus, bei der wahllos gemordet wurde. Die besseren Elemente zogen sich allmählich von dem Ku Klux zurück, die Bundesregierung machte gegen ihn mobil, und im Jahre 1876 löste er sich schließlich ganz auf.

Der neue Ku Klux Klan verfolgt, dem Geist der Zeit Rechnung tragend, ganz neue Ziele. Er steht, wie bereits gesagt, auf einer viel breiteren Grundlage, die dadurch geschaffen wurde, daß man einfach die Vorurteile des Nativismus und die Wahnvorstellungen des Jingoismus zu einem Programm zusammenfaßte, das deutlich erkennbar die Nachwirkungen der Kriegspsychose verrät. Der Appell an den Mobinstinkt verlagte auch in diesem Falle nicht. Mit Hilfe einer rührigen Propaganda, die sogar das Mittel der Zeitungsreklame nicht verschmäht, hat der Orden sich bereits über das ganze Land verbreitet und mehr als eine halbe Million Mitglieder gewonnen. Der Oberbonze Simmons bewohnt als „kaiserlicher Zauberer des unsichtbaren Reiches“ einen „kaiserlichen Palast“ in Atlanta und bezieht ein Jahresgehalt von 5200 Dollar nebst Kommissionen. Ihm zur Seite steht als Chef der Propaganda ein kaiserlicher „Kleagle“, was immer das bedeuten mag. Dem kaiser-

## Die österreichischen Frontkämpfer.

Drahtmeldung.

Wien, 8. Oktober. (E. C.)

Wie verlautet, beabsichtigen die hiesigen Monarchisten in den nächsten Tagen eine größere Aktivität zu entfalten. Es heißt, daß für die Zeit vom 10. bis 12. Oktober eine „größere Aktion“ bevorstehe, die über den Rahmen einer Demonstration hinausgehen soll. Als Einleitung zu diesem Unternehmen sind für morgen abend in einer Reihe von Bezirken große öffentliche Versammlungen der Frontkämpfervereinigungen einberufen worden. Die Polizei berichtet, daß die Frontkämpfer morgen Plakate monarchistischen Inhalts in der ganzen Stadt anzuschlagen beabsichtigen.

## Briands Programmrede.

Ueber Außenpolitik und Reparation.

\* Paris, 8. Oktober. (E. C.)

Ministerpräsident Briand verläßt heute morgen Paris und begibt sich nach seinem Wahlkreis St. Nazaire, wo er morgen in Gegenwart einiger Minister seine große politische Rede halten wird, die gewohnheitsgemäß jeder französische Ministerpräsident vor dem Zusammentritt der Kammer zu halten pflegt. Eine Pariser Agentur glaubt zu wissen, daß Briand in seiner Rede sich kurz über die innerpolitischen Fragen und ausführlich zu der auswärtigen Politik äußern wird. Namentlich habe er die Absicht, den Friedensvertrag von Versailles und